bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTOS: FOCKE STRANGMANN

VIEL SCHWUNG IN DER SCHWANKHALLE

Über 400 Gäste konnte die Bremer SPD zu ihrem Jahresauftakt willkommen heißen. Der Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte freute sich über die große Besucherzahl bei der Veranstaltung, die zum sechsten Mal in Folge in der Schwankhalle in der Bremer Neustadt stattfand. Auch der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel war gekommen.

Als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Jahres bezeichnete Andreas Bovenschulte in seiner Rede den Kampf gegen den Rechtsextremismus. Dabei griff er die Bundesregierung scharf an und wies ihr eine politische Mitverantwortung für zunehmenden Rechtsextremismus vor, da sie die Förderung der Arbeit von antifaschistischen Gruppen und Initiativen durch Auflagen und die Einführung der sogenannten Extremismusklausel erschwere. Gerade im Vergleich dazu sei es „schlichtweg skandalös“, so Andreas Bovenschulte mit Bezug auf die Mordanschläge des „Zwickauer Trios“, dass „eine mordende rechte Terrorgruppe über Jahre von den Behörden unentdeckt“ bleibe. Der SPD-Landesvorsitzende forderte erneut ein Verbot der NPD: „Es kann nicht sein, dass Faschisten sich auch noch mit Steuergeldern finanzieren.“

Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel spannte in seiner Rede den Bogen zur Bundes- und Europapolitik. Die europäische Entwicklung sei mehr als der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung, es gehe darum, die soziale Dimension Europas zu stärken. Nur dann, so Gabriel weiter, sei Europa für die Bürgerinnen und Bürger die richtige Antwort auf die Globalisierung.

Im zweiten Teil seiner Rede schlug der Parteivorsitzende vor allem nachdenkliche Töne an. Er sehe die Demokratie dadurch in Gefahr, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger von der Politik abwenden. In diesem Zusammenhang bewertete er auch den Umgang des Bundespräsidenten Christian Wulff mit den zahlreichen an ihn gerichteten Vorwürfen als „Turbolader für Politikverachtung“. ■

GEMEINSAM FÜR BREMEN

Von Angelo Caragiuli

Die SPD befindet sich wieder im Aufschwung. Unsere Themen interessieren und verstärkt wollen Menschen mitarbeiten. 2011 blieb die Zahl unserer Mitglieder im Unterbezirk (UB) stabil. Wir stehen dennoch vor großen Herausforderungen: Die Krise unseres Finanzsystems bewältigen, die Stadt finanziell handlungsfähig halten, das Auseinanderklaffen der Einkommen zurückführen, „soziale Spaltung" der Stadt überwinden, Vertrauen in die Politik erneuern und rechtsgerichtete Aktivitäten bekämpfen. Es geht um die Stärkung unseres Profils und der Beteiligungsmöglichkeiten. Was heißt das für mich?

Unser Engagement darf nicht nur in den Medien stattfinden, sondern soll für die Menschen greifbar und spürbar werden. Beim „Tag der Ortsvereine" (OV) wurden gute Beispiele aufgezeigt. Sie gilt es weiterzuentwickeln. Wir haben den „Dialog.Stadt" neu strukturiert und fortgesetzt. 2010 gab es dazu in den Stadtteilen Veranstaltungen zur Schulreform. Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen konnten direkt mit der Bildungssenatorin, dem bildungspolitischen Sprecher und VertreterInnen aus den Beiräten ihre Anliegen besprechen. Die Resonanz war erfreulich. Diesen Weg will ich fortsetzen und dabei auch die sozialen Medien stärker nutzen. Unsere Dialogangebote sollen für städtische, aber auch stadtteilspezifische Themen greifen. Hierzu brauchen wir eine feine Abstimmung zwischen den OVs, dem UB, den Arbeitsgemeinschaften und der Landesorganisation. Aber auch eine Unterstützung für unsere ehrenamtlich Tätigen. In der Arbeitsgruppe „Parteimodernisierung" wurde diese Diskussion begonnen, die ich konsequent fortführen will.

Gerade auf Neumitgliedertreffen wird viel Interesse an konkreter politischer Arbeit sichtbar. Die unterschiedlichen Themen können einzelne OVs nicht alle abdecken. Darum möchte ich unsere Arbeitskreise und Diskussionsangebote im UB weiter ausbauen. Ein Schwerpunkt bleibt „Soziale Stadt". Hierzu existiert bereits ein UB-Arbeitskreis, der u. a. den Kontakt zu sozialen Einrichtungen sucht. Die Gründung eines AK „Stadtentwicklung" gemeinsam mit dem UB

FOTO: PATRICE KUNTE/CHRISTIAN BEHRENS

Bremen-Nord stieß auf große Resonanz. In ihm wird künftig bearbeitet, wie durch gemeinsame, beiratsübergreifende Aktivitäten die Attraktivität und Lebensqualität der Stadt nachhaltiger verbessert werden kann.

Meine persönlichen Schwerpunkte bleiben Bildung und aktive Arbeitsmarktpolitik. Ich bin davon überzeugt, dass diese Felder sowohl für die Verbesserung der Chancengleichheit, als auch für die Entwicklung einer leistungsfähigen, attraktiven Stadt mit guten Arbeitsplatzchancen sehr wichtig sind. Lasst es uns gemeinsam angehen! ■

ZUR PERSON:

Angelo Caragiuli ist 48 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Der Diplom-Verwaltungswissenschaftler aus dem Ortsverein Horn-Achterdiek arbeitet als Fachbereichsleiter Fort- und Weiterbildung bei der Bremer Straßenbahn AG. Dort ist er auch Projektleiter für Fahrgastbegleitservice und Bürgerarbeit. Er ist seit 25 Jahren Mitglied der SPD und seit 2009 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt. Davor war er seit 2004 Mitglied im Unterbezirksvorstand. Seit 2010 ist Angelo Caragiuli außerdem Mitglied des Parteirats auf Bundesebene.

Parteiöffentliche Diskussionsveranstaltungen mit den beiden Kandidaten für den UB-Vorsitz:

SAMSTAG, 3. MÄRZ 2012, 10:00 UHR UND MITTWOCH, 7. MÄRZ 2012, 19:00 UHR

Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstraße 34, 28195 Bremen

FÜR EINEN STARKEN UNTERBEZIRK

Von Uta Kummer

ZUR PERSON:

Uta Kummer ist 45 Jahre alt, verheiratet und hat eine Tochter. Vor ihrer jetzigen Tätigkeit bei Immobilien Bremen war sie als selbstständige Bauingenieurin tätig. Seit 1990 ist Uta Kummer Mitglied der SPD und hat sich in der Beiratsarbeit engagiert, bevor sie 1999 in die Bürgerschaft gewählt wurde. Dort war sie bau- und zuletzt finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Nach 12 Jahren als Abgeordnete hat sie 2011 nicht wieder kandidiert. Von 2004 bis 2008 war sie Beisitzerin im Unterbezirksvorstand und seit 2010 ist Uta Kummer Vorsitzende des Ortsvereins Peterswerder/Steintor.

FOTO: SPD BREMEN

Die SPD hat bei der letzten Wahl im Mai 2011 wiederholt bewiesen, dass sie für die meisten Wählerinnen und Wähler die erste politische Kraft in Bremen ist. Auch bleibt die SPD die stärkste Partei in den Stadtteilen und Beiräten. Die SPD ist in Bremen DIE Großstadtpartei, wir sind DIE Partei des sozialen Zusammenhalts. Die Bremerinnen und Bremer trauen UNS zu, die Probleme ihrer Stadt zu lösen.

Dieses Wahlversprechen werden wir einlösen. Dazu brauchen wir eine starke kommunalpolitische Ebene, einen starken Unterbezirk Bremen-Stadt.

Wir stehen vor wichtigen Entscheidungen in unserer Stadt: Fragen der Stadtentwicklung, Verkehrspolitik, Wohnungspolitik, aber auch soziale Fragen wie Bildungs- und Sozialpolitik stehen unmittelbar auf der Tagesordnung. Die Verteilungskämpfe angesichts knapper Kassen werden härter. Auch die Auseinandersetzung mit einer erstarkenden grünen Partei, unserem Koalitionspartner, nimmt an Schärfe zu. Beispielhaft sei hier zu nennen die zögerliche Haltung der Grünen zum Mindestlohn oder die Diskussion um ein umfassendes Verkehrskonzept. Der Unterbezirk hat hier die Aufgabe, die politischen Entscheidungsprozesse vorzubereiten, zu führen und am Ende auch zu entscheiden. Dies ist in den letzten Jahren zu wenig geschehen. Wenn wir weiterhin die führende Kraft in Bremen bleiben wollen, wird es nicht ausreichen, die politischen Fragen lediglich zu verwalten, sondern wir müssen uns der Auseinandersetzung auch stellen.

Wir sind gefordert, den Diskussionsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen zu führen. Das Bedürfnis, sich aktiv an den Entscheidungen in der Stadt zu beteiligen, hat stark zugenommen. Die SPD ist immer dann erfolgreich, wenn sie vor Ort in den Stadtteilen und Betrieben, den Vereinen und politischen Bewegungen verankert ist. Darauf können wir aufbauen. Aber wir müssen uns auch neuen gesellschaftlichen Bewegungen zuwenden. Der Erfolg der Piratenpartei in Berlin ist dabei ebenso ein Beispiel wie die Auseinandersetzung um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Der Unterbezirk ist dabei das Scharnier nach „oben" wie nach „unten". Wir werden unsere Ortsvereine und Beiratsfraktionen unterstützen und das nicht nur im Wahlkampf, sondern auch bei ihrer täglichen Arbeit.

Ich will dazu beitragen, dass die SPD in Bremen stärkste Kraft und die Partei des sozialen Zusammenhalts bleibt. Dazu brauchen wir engagierte, diskussions- und entscheidungsbereite Mitglieder vor Ort. Und dazu brauchen wir einen starken Unterbezirk Bremen-Stadt. ■

Bremen wird beim Mindestlohn vorangehen

Rot-grüne Koalition bringt auf Initiative der SPD im Februar Landesmindestlohngesetz in die Bürgerschaft ein

Seit mehr als zehn Jahren stagnieren oder sinken die realen Arbeitseinkommen in Deutschland – trotz stetig wachsenden wirtschaftlichen Reichtums. Es ist höchste Zeit, dass diese Entwicklung gestoppt und umgekehrt und der Arbeit ihr Wert zurückgegeben wird.

Die Wirklichkeit in Bremen bestätigt: Fast 18.000 Menschen sind sogenannte Aufstocker. Sie gehen einer Erwerbstätigkeit nach und erhalten gleichzeitig aufstockende Leistungen vom JobCenter. Wir als Beitrags- und Steuerzahler subventionieren also Arbeitgeber, die nicht bereit sind, ihren Beschäftigten auskömmliche Entgelte zu zahlen. Wer Tag für Tag, Woche für Woche arbeitet, muss vom Lohn dieser Arbeit leben können. Das ist ein Kernpunkt sozialer Gerechtigkeit unserer Gesellschaft. Dieser Grundsatz wird zurzeit in Deutschland millionenfach verletzt. 1,2 Millionen Menschen arbeiten für weniger als fünf Euro brutto die Stunde. Weitere 2,4 Millionen verdienen zwischen 5 und 7,50 Euro und noch einmal 1,4 Millionen unter 8,50 Euro. Es geht darum, dass die Lohnspirale nach unten gebremst und der Staat um 11 Milliarden Euro entlastet wird, mit denen er Niedriglöhne zur Zeit Jahr für Jahr subventioniert.

Die Tarifautonomie greift in diesem Bereichen nicht: Gewerkschaften sind dort oft schwach und die mit dem Begriff „Hartz IV“ verbundenen Verschlechterungen für Arbeitslose zwingen viele Menschen Arbeit zu „Armutslöhnen“ anzunehmen. Selbstverständlich ist Gewerkschaftsmitgliedschaft gerade auch in diesen Bereichen notwendig! Die Menschen müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen - und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen sie dabei unterstützen.

Klar ist aber auch: Wenn das nicht reicht, ist der Gesetzgeber gefordert. Und in diesem Zusammenhang bedeutet dies: Ein Mindestlohn muss her! Selbstverständlich wäre es am besten, bundesweit für alle Branchen einen Mindestlohn als Untergrenze festzulegen. Aber bisher war das mit der politischen Mehrheit in Berlin, mit der schwarz-gelben Bundesregierung nicht zu machen! Warten wir jetzt ab und hoffen auf 2013? Nein, wir haben uns entschieden, das, was regional auf Landesebene möglich ist, auch zu machen! Mit dem „Entwurf eines Bremischen Mindestlohngesetzes“ wollen wir einer Mindestlohn von 8,50 Euro überall dort durchsetzen, wo wir als öffentlicher Auftraggeber Einfluss haben.

Dieter Reinken, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD

Ein solcher Mindestlohn gilt bereits für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und alle Bremischen Betriebe. Der Senat hat dies auch gegenüber Dienstleistern durchgesetzt, die für senatorische Behörden arbeiten - so z.B. bei den Pförtnern des Rathauses. Wir weiten dies jetzt aus: Es wird künftig eine klare gesetzliche Grundlage geschaffen und gleichzeitig wird für die Beschäftigten öffentlich geförderter Unternehmen und Einrichtungen ebenfalls der Mindestlohn verbindlich festgelegt. Damit wird klar: Wer öffentliches Geld bekommt, darf seine Beschäftigten nicht mit Billiglöhnen abspeisen! Gegen unseren Entwurf gibt es Einwände im politischen Raum, aber auch von betroffenen Betrieben und Verbänden. Natürlich von der Handelskammer und den Unternehmensverbänden, die ausschließlich ordnungspolitisch argumentieren und die die soziale Schutzfunktion des Gesetzgebers in dieser Frage nicht sehen bzw. nicht sehen wollen. Aber Bedenken kommen beispielsweise auch aus den Sozialverbänden. Sie fragen zurecht, wer für ihre steigenden Kosten aufkommen wird, wenn sie verpflichtet werden, einen Mindestlohn zu zahlen. Schließlich haben sie in den vergangenen Jahren mehrfach erfahren, wie Kürzungen bei ihnen von der Verwaltung durchgesetzt wurden. Und diese Frage muss selbstverständlich beantwortet werden. Aber: Skandalös ist doch, wie in unserer Gesellschaft soziale Dienstleistungen in Erziehung und Pflege bezahlt werden! Hier muss ein Umdenken beginnen. Und auch dazu leisten wir mit dem Mindestlohngesetz einen Beitrag. Bei der Umsetzung wird sich die öffentliche Hand ihrer Verantwortung stellen. Gleiches erwarten wir von all denen, die in öffentlichem Auftrag tätig sind. ■

BUCHTIPP DES MONATS:

SCHÖNFÄRBUNGEN ÜBER EBERT UND KAISEN

Von Beenhard Oldigs

„Bremen als Wirkungsstätte. Friedrich Ebert und Wilhelm Kaisen – zwei Staatsmänner des 20. Jahrhunderts“, lautet der Titel eines kleinen Buches, das erst vor einem Monat in der Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte erschienen ist. Autor ist Walter Mühlhausen, der Leiter der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg. Die vorliegende Veröffentlichung fußt auf einem Vortrag, den der Autor 2009 in der Helene und Wilhelm-Kaisen-Dokumentationsstätte gehalten hat. Abgedruckt ist ebenfalls eine Rede Wilhelm Kaisens aus dem Jahr 1950 zum 25. Todestag von Friedrich Ebert. Bekanntlich starb der ehemalige Reichspräsident Friedrich Ebert an einer verschleppten Blinddarmreizung am 28.Februar 1925. Er litt außerdem unter den Anfeindungen der alten und neuen nationalistischen Bewegungen in der jungen, noch instabilen Weimarer Republik. Friedrich Ebert wurde nur 54 Jahre alt. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands kam ein Reichspräsident aus der Arbeiterklasse. Nach Ebert folgte wiederum ein Vertreter aus dem Junkertum, aus dem Militarismus, der ehemalige Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg.

Für Wilhem Kaisen war Friedrich Ebert ein großes Vorbild. Im Prinzip ist es ein interessanter Versuch, das politische Handeln von Ebert und Kaisen, die sich vom Alter her nur 16 Jahre unterschieden, aber generations- und handlungspolitisch in vollkommen unterschiedlichen Zeitebenen tätig waren, zu untersuchen. Ich finde den Versuch misslungen. Und das nicht weil Eberts Karriere früher begann oder Kaisens Wirken in Bremen stattfand und womöglich keine Verknüpfungen hergestellt werden können. Nein, das alles ist dem Buch erwähnt und durchaus gelungen. Ebert als Sattlergeselle 1891 auf Wanderschaft von Heidelberg nach Bremen kommend, als Gastronom, als Redakteur, als Sekretär, als Sozialstatistiker tätig. All das wird hinreichend gewürdigt. Der Werdegang von Wilhelm Kaisen wird ebenfalls richtig beschrieben. Wilhelm Kaisen als Stukkateur und Redakteur und schließlich als volksnaher Politiker. Eine bemerkenswerte Karriere. Das Bemerkenswerte an diesem Buch ist aber etwas anderes: Schönfärberei und eklatante Weglassungen. Bemerkenswert ist das, was nicht erwähnt wird.

Walter Mühlhausen
Bremen als Wirkungsstätte.
Friedrich Ebert und Wilhelm Kaisen – zwei Staatsmänner des 20. Jahrhunderts
Heidelberg 2012.
Kleine Schriften, Band 34
98 Seiten mit 20 Abbildungen
ISBN 978-3-928880-37-4
Preis: 6 Euro

Die Diskussionen in der SPD um die Zustimmung zu den Kriegskrediten werden verkürzt, nein, verfälschend wiedergegeben. Eberts zweifelhafte Haltung zu den Militärs, zu den Freikorps und zur Obersten Heeresleitung wird ihm als sein weitsichtiges Streben nach Demokratie und Freiheit ausgelegt, um das angebliche Chaos und die Diktatur der Räte zu verhindern. Wer im Jahr 2012 über das Jahr 1918/19 schreibt und mit keinem Wort den feigen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erwähnt, wird der wechselvollen Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung nicht gerecht und ist wenig souverän. Die Bremer Räterepublik kommt ebenfalls nicht vor. Warum? Warum diese Geschichtsklitterung?

Zum Glück sind wir in der bundesweiten Debatte weiter, als es das Buch suggeriert. Weil heute der Platz fehlt, nur so viel: Rosa Luxemburg gehört für mich selbstverständlich zur demokratischen, sozialistischen Bewegung – wie viele andere auch. Niemand hat in diesen Fragen einen Alleinvertretungsanspruch. Vielleicht kann ja ein fairer Dialog beginnen. ■

LANDESPARTEITAG

Samstag, 12. Mai 2012, 10:00 Uhr
Strandlust Vegesack, Rohrstraße 11, 28757 Bremen

Vorläufige Tagesordnung:
Stand: 20. Januar 2012

1. **Eröffnung und Begrüßung**
   Andreas Bovenschulte, Landesvorsitzender
2. **Wahl des Parteitagspräsidiums**
3. **Beschlussfassung über die Tagesordnung**
4. **Wahl der Mandatsprüfungs- und der Zählkommission**
5. **Politische Berichte**
   - **5.1. Bericht des Vorsitzenden**
   - **5.2. Bericht über die Arbeit des Senats**
     Bürgermeister Jens Böhrnsen, Präsident des Senats
   - **5.3. Bericht der Bürgerschaftsfraktion**
     Björn Tschöpe, Fraktionsvorsitzender
   - **5.4. Aussprache**
6. **Finanzberichte**
   - **6.1. Bericht der Schatzmeisterin**
   - **6.2. Bericht der Revisorinnen und Revisoren**
   - **6.3. Aussprache**
7. **Entlastung der Schatzmeisterin und des Vorstandes**
8. **Organisationswahlen**
   - **8.1. Wahl des Landesvorstandes**
     - **8.1.1. Wahl der/des Landesvorsitzenden**
     - **8.1.2. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden**
     - **8.1.3. Wahl der Schatzmeisterin/des Schatzmeisters**
     - **8.1.4. Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers**
     - **8.1.5. Wahl der 12 Beisitzerinnen und Beisitzer**
   - **8.2. Wahl von vier Revisorinnen und Revisoren**
   - **8.3. Wahl der Landesschiedskommission**
     - **8.3.1. Wahl der/des Vorsitzenden der Landesschiedskommission**
     - **8.3.2. Wahl von zwei stellv. Vorsitzenden der Landesschiedskommission**
     - **8.3.3. Wahl von vier weiteren Mitgliedern der Landesschiedskommission**
9. **Wahl von 3 Delegierten und Ersatzdelegierten für den Parteikonvent**
10. **Wahl einer/eines Delegierten und Ersatzdelegierten für SPE-Kongresse (für die Amtsperiode bis zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag)**
11. **Satzungsändernde Anträge**
12. **Antragsberatung**
13. **Schlusswort**

Die SPD im Land Bremen trauert um

Gerhard Bolwin, Wolfgang Dettmer und Manfred Stern.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Andreas Bovenschulte
Landesvorsitzender

UNSER AUTOR:

Der 57 Jahre alte Diplom-Ökonom *Beenhard Oldigs* arbeitet in der politischen und beruflichen Weiterbildung beim Berufsfortbildungswerk (bfw, Bildungsunternehmen des DGB). Lieblingsthema: Geschichte der deutschen und der bremischen Arbeiterbewegung, mehrere Veröffentlichungen hierzu. Zuletzt erschien von ihm zusammen mit Birgit Köhler die Hilde-Adolf-Biografie „Mach das Beste draus!“.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/350 18-0
Fax: 0421/350 18-37
info-bremen@spd.de
Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Tim Cordßen,
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, André Städler (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen